



## *Brief aus Straßburg*

**Dr. Renate Sommer (CDU)**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 87 / März 2010**

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

immer wieder wird "Brüssel" Bürgerferne und soziale Kälte vorgeworfen. Dass dies ein unhaltbares Vorurteil ist, konnten wir wieder einmal in der März-Plenartagung unter Beweis stellen. So stand unter anderem der Bürokratie-Abbau für europäische Kleinstunternehmen, also insbesondere für kleine Handwerksbetriebe, auf der Tagesordnung, was diesen personelle und finanzielle Entlastung bringt. Auch eine finanzielle Unterstützung für die entlassenen Mitarbeiter von Karmann waren Bestandteil der Sitzung. Außenpolitisch ging es vor allen Dingen um eine Bestandsaufnahme der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, innenpolitisch um einen Bericht, der den Status von Personen mit einem Langzeit-Visum verbessern soll.

### **Bürokratie abgebaut**

Die kleine Bäckerei im Ort, der Metzger um die Ecke oder der alteingesessene Handwerker können aufatmen. Betriebe, die weniger als zehn Beschäftigte haben, also vielfach Familienbetriebe mit einer langen Tradition, können nach einer neuen Richtlinie künftig von der Jahresabschlusspflicht befreit werden. Zuständig für die Umsetzung dieser Befreiung sind die EU-Mitgliedstaaten. Es ist zu erwarten, dass die Deutsche Bundesregierung diese Chance auch nutzt, um den kleinen Mittelstand zu entlasten. Damit wird dieser von der zeitraubenden und damit letztendlich auch kostspieligen doppelten

Buchführung befreit. Der Vorschlag für die Richtlinie geht zurück auf die sogenannte "Stoiber-Gruppe", die sich unter der Leitung von Edmund Stoiber mit dem Abbau von bürokratischen Regelungen in der EU befasst.

### **Globalisierungsfonds**

Auch für die im vergangenen Jahr entlassenen Arbeitnehmer der Karmann-Werke in Rheine und Osnabrück gibt es eine gute Nachricht. Ihnen greift nun die EU über den Globalisierungsfonds finanziell unter die Arme. Dieser Fonds, der 2007 geschaffen wurde, richtet sich an Arbeitnehmer, die in Folge der Standortverlagerung ihres Unternehmens arbeitslos geworden sind. Zur Erinnerung: Auch die entlassenen Nokia-Mitarbeiter profitierten schon vom Globalisierungsfonds der EU. Für die ehemaligen Mitarbeiter von Karmann stehen nun insgesamt rund 6,2 Millionen Euro zur Verfügung, von denen Umschulungs- und Trainingsmaßnahmen finanziert werden sollen. Die Europäische Union übernimmt damit rund 65% der Gesamtkosten dieser Maßnahmen. Nachdem das Europäische Parlament der Freigabe der Gelder im Parlament zugestimmt hat, muss jetzt sichergestellt werden, dass die Mittel auch schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen.

### **Visa-Politik: Sicherheit und Freiheit**

Sicherheit zu schaffen und gleichzeitig Freiheiten zu gewähren, ist selten eine einfache Aufgabe, erst recht nicht in der Visa-Politik.

Um diesen Spagat zu meistern, haben wir uns mit großer Mehrheit für eine Änderung der Bestimmung für Personen mit einem Langzeit-Visum ausgesprochen. Ein Langzeit-Visum gilt für bis zu 12 Monate und war bisher auf einen EU-Mitgliedsstaat beschränkt. Gegenüber einem Kurzzeit-Visum oder einer Aufenthaltsgenehmigung durften die Inhaber daher nicht innerhalb des Schengen-Raumes reisen. Dies galt beispielsweise auch, wenn der Visum-Inhaber die EU nach Beendigung seines Aufenthaltes verlassen wollte und zu diesem Zweck einen anderen Mitgliedsstaat durchqueren musste. Von dieser Regelung waren nicht nur viele Studierende und Forscher betroffen, die als Gäste an einer europäischen Universität sind, sondern auch Familienangehörige von hier lebenden und arbeitenden Drittstaatsangehörigen. Nun dürfen sie für einen Zeitraum von drei Monaten innerhalb der EU reisen, um beispielsweise einen Wochenendtrip nach Berlin, Barcelona oder Paris machen zu können. Damit aus der Reisefreiheit jedoch kein Sicherheitsrisiko entsteht, hat meine Fraktion durchgesetzt, dass vor der Erteilung eines Langzeit-Visums immer erst das Schengen-Informationssystem konsultiert werden muss. Dieses elektronische System enthält Daten über alle Personen, die in den Mitgliedstaaten polizeilich gesucht bzw. strafrechtlich verfolgt werden. So wird dafür gesorgt, dass die Sicherheit unserer Bürger nicht unter der neuen Freizügigkeit leidet.

### **Außen- und Sicherheitsstrategie**

Mit der Umsetzung des Lissabon-Vertrages ändert sich Vieles in der EU, so z.B. auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Wir haben nun mit Frau Ashton eine "Hohe Vertreterin der Union in der Außen- und Sicherheitspolitik". Zu ihren Aufgaben gehört auch der Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes. Dabei ist es uns Parlamentariern besonders wichtig, bei der Besetzung aller wichtigen Posten ein Mitspracherecht zu haben. Wir erwarten, dass die Kan-

didaten sich zu einer Anhörung vor dem Parlament bereit erklären. Auch wollen wir in allen Fragen der GASP konsultiert werden, denn nur so kann ein stimmiger und wirksamer Ansatz entwickelt werden, der dem Anspruch der EU gerecht wird.

Im Bereich der ESVP fordert unsere christdemokratische EVP-Fraktion, dass ein sogenanntes Weißbuch entwickelt wird, um die gemeinsamen Interessen der EU zu definieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu prüfen. Der Lissabon-Vertrag enthält eine Solidaritätsklausel für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik: EU-Mitgliedsstaaten, die von einer terroristischen Attacke, einer von Menschen verursachten Katastrophe oder einer Naturkatastrophe betroffen sind, können diese europäische Solidarität einfordern.

### **Xynthia und Madeira**

Der Sturm Xynthia, richtete in einigen EU-Staaten große Verwüstungen an. Besonders schlimm hatte es Frankreich und Portugal getroffen, die nun nicht nur auf unser Mitgefühl bauen können, sondern auch auf die oben genannte solidarische Hilfe bei den Aufräumarbeiten und dem Wiederaufbau. Gleiches gilt für die Provinz Madeira, die kürzlich von einem heftigen Unwetter heimgesucht wurde.

Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, wünsche ich bereits jetzt schöne Ostertage!

Bis zum nächsten Straßburg-Brief im April (im Frühling?) grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP  
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: [renate.sommer@europarl.europa.eu](mailto:renate.sommer@europarl.europa.eu)

[www.renate-sommer.de](http://www.renate-sommer.de)